

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Zuschauer,

drei Fragen, die alle eins gemein haben:

- Wenn Katholiken auf eine Demonstration gehen, sind sie dann Protestanten?
- Geht der Meeresspiegel kaputt, wenn man in See sticht?
- Ist der zur Beschlussfassung vorliegende Haushalt nach den Grundsätzen der Sparsamkeit und Klarheit seriös aufgestellt?

Sie ahnen es. Alle drei Fragen eint die Antwort „NEIN!“

Als uns die Finanzplanung für die nächsten Jahre im letzten Dezember vorgelegt wurde, stocherten die Kämmerin und OB Dörner mit ihren Planungen angesichts der ungewissen Entwicklung an den Kapitalmärkten und der schwierigen Lage der Wirtschaft nur im Nebel.

Damals stand allerdings schon zweierlei fest:

Erstens: Der Haushaltsentwurf enthielt zahlreiche unrealistische Ansätze.

Der Haushaltsansatz sah für die Tarif- und Gehaltssteigerungen in 2023/2024 jährlich lediglich 1 % Steigerungsrate vor. Realistisch angesichts der bis dato bekannten Abschlüsse, Forderungen und der hohen Inflation wären min. 5 % gewesen, was bei rund 400 Mio. Euro Personalkosten noch einmal Mehrkosten in zweistelliger Millionenhöhe bedeutet hätte.

Seit 2018 wird dem Rat mit mittlerweile fadenscheinigen Ausreden kein Personalbericht mehr vorgelegt.

Auf unsere Nachfrage (Drucksache 202050), in welcher Höhe durch die zahlreichen Stellenvakanzen tatsächliche Einsparungen erzielt worden sind, hieß es zuletzt lapidar:

Zitat

„Die konkreten, tatsächlichen Einsparungen können nicht im gewünschten Umfang benannt werden, da diese nicht von der Personalverwaltung erfasst werden.“

Zita Ende

Avanti Dilletanti! Kann man da nur zurufen!

Abgesehen davon, dass viele der von Oberbürgermeisterin Katja Dörner beabsichtigten 438 neuen Stellen der Umsetzung grüner Klientelpolitik dienen, stellt sich der BBB-Fraktion die Frage, wie diese Stellen angesichts des nach wie vor leergefegten Arbeitsmarktes überhaupt besetzt werden sollen.

Überdies tritt relativ kurzfristig ein weiterer nachteiliger Effekt ein: Wie seinerzeit den Personalratsnachrichten -nicht jedoch den Angaben der Oberbürgermeisterin- zu entnehmen war, sollen bis 2030 ca. 30 % der städtischen Bediensteten altersbedingt aus dem Dienst der Stadt Bonn ausscheiden und bis zu 20 % der Belegschaft der Verwaltung den Rücken kehren.

Das sind insgesamt rund 3.900 Arbeitskräfte oder durchschnittlich rund 560 pro Jahr.

Wenn schon in den vergangenen Jahren weitaus weniger vorhandene Stellenvakanzen, als die künftig in Folge von Rente und Fluktuation zu erwartenden, nur mit langem zeitlichen Verzug oder gar nicht nachbesetzt werden konnten, fragen wir Sie, werte Frau Oberbürgermeisterin, wie wollen Sie denn zusätzliches Personal gewinnen, wenn es Ihnen nicht mal gelingt, freie Stellen für einen ordnungsgemäßen Betrieb der Verwaltung wiederzubesetzen?

Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie zur Aufrechterhaltung der Dienstleistungsfähigkeit der Verwaltung ergreifen, wann wollen Sie uns endlich einen aktuellen Personalbericht vorlegen?

Im Dezember stand Zweitens fest:

Die von der Oberbürgermeisterin zu verantwortende Finanzplanung wird in eine noch nie dagewesene Rekordverschuldung münden.

Im Zeitraum nach der Kommunalwahl 2009 bis zur Wahl in 2020 stiegen die Schulden der Stadt unter grüner Beteiligung von ca. 1.300 Mio. um rund 600 Mio. auf knapp 1.900 Mio Euro.

Bis 2027 soll die Verschuldung, jetzt unter grüner Führung, um weitere 1.800 Mio. Euro, also um nochmal rund das Doppelte auf unglaubliche 3.700 Mio. Euro ansteigen.

Meine Damen und Herren!

Wie üblich wurde auch der aktuelle Haushaltsentwurf parallel zur seiner Einbringung in den Stadtrat der Bezirksregierung Köln als Genehmigungsbehörde zur Vorprüfung vorgelegt.

Diesmal erhielt die Stadt daraufhin einen sehr unangenehmen Brief zurück. Darin kritisiert die Aufsichtsbehörde nicht nur detailliert die Ausgaben- und Schuldenpolitik der Stadt, sondern kündigt ihr vorsorglich verschärfte aufsichtsbehördliche Maßnahmen an.

Zu der geplanten Personalausweitung der Stadt fand die Bezirksregierung ungewöhnlich klare Worte:

Zitat

„Nicht zuletzt die faktisch ungebremste Erhöhung der Beschäftigtenzahl der Stadtverwaltung - Schaffung 438 neuer Stellen, keine Stelleneinsparungen, dazu eine Reihe von Höherbewertungen - erscheint unter den gegebenen Rahmenbedingungen und dem haushaltsrechtlichen Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht mehr vertretbar (vgl. hierzu schon die Ausführungen in meiner Haushaltsgenehmigung 2021/2022 vom 08.09.2021 zur Einrichtung 246 neuer Stellen).“

Zitat Ende

Statt alle Stadtverordneten über den prekären Inhalt des Schreibens, in dem die Bezirksregierung Köln der Bonner Stadtverwaltung haushalterisches Versagen und Missachtung aller bisherigen aufsichtsbehördlichen Anforderungen vorwirft, voll umfänglich zu informieren, wurde von der Oberbürgermeisterin so getan, als sei der Blaue Brief aus Köln nur von marginalen Inhalt.

Und dann wurde der Klimaplan von der Oberbürgermeisterin durch den Rat geschleust.

Ein Schelm, wer Böses dabei denkt? Wohl kaum, werden viele denken.

Was war es tatsächlich, was die Oberbürgermeisterin und Kämmerin dazu brachten, den Brandbrief unter den Teppich kehren zu wollen?

War es Absicht, um den Klimaplan durchzudrücken oder schlicht grobe Fahrlässigkeit gepaart mit Ignoranz?

Es spricht aus hiesiger Sicht viel mehr dafür, dass die Mahnung der Aufsichtsbehörde für die Stadtspitze wegen der anstehenden Beschlussfassung zur Klimawende zur unrechten Zeit kam, als für die andere Möglichkeit.

Für die Variante ‚Bruder Leichtfuß‘, sprechen zwar die Äußerungen der Kämmerin in einem Interview vom 3. April 2023, in dem sie erklärt, für die finanzielle Entwicklung Bonns seien allein Bund und Land mit ihren der Stadt abverlangten Zusatzaufgaben verantwortlich.

Wenn Frau Heidler das wirklich glaubt, irrt sie gewaltig. Denn Bonn lebt fürderhin weit über seine Verhältnisse.

Beispiel gefällig?

Mit dem Inkrafttreten des 2. Kapitels des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) sollten sich die Zuständigkeiten Bonns im Bereich der Behindertenförderung und Unterstützung Suchtkranker zum 1. Januar 2023 endgültig reduzieren.

Damit entsprachen Bund und Land NRW eigentlich einer jahrelangen Forderung der Kommunen nach Entlastung.

Doch statt sich angesichts der dramatischen Haushaltssituation zu freuen, für viele Leistungen nicht mehr zahlen zu müssen, wollte Bonns Sozialverwaltung die bisher erbrachten städtischen Sonderleistungen größtenteils beibehalten.

Die zugehörige Beschlussvorlage von Dezernentin Carolin Krause (CDU) mit der die Stadtverwaltung beauftragt werden sollte, in 2023 und 2024 weiterhin Leistungen für rund 1,8 Mio. Euro jährlich zu erbringen, zu denen sie nicht verpflichtet ist (Vgl. Drucksache 230008), winkte der Sozialausschuss in seiner Sitzung am 24. Januar 2023 gegen das Votum der *BBB*-Fraktion durch.

Dass der Sozialausschuss vor Verabschiedung des Haushaltes 2023/24 gemäß gültiger Zuständigkeitsordnung des Rates dazu überhaupt nicht befugt war, störte die Sozialpolitiker der links-grünen Koalition, aber auch die „Sozialexperten“ aus den Reihen von CDU und FDP in ihrer offenbar unbekümmerten Einstellung zum Geld der Steuerzahler wenig.

Für die meisten Rats- und Ausschussmitglieder scheinen Begriffe wie Aufgabenkritik, Abbau von Parallelstrukturen, Rückführung freiwilliger Leistungen und damit Einsparung von Haushaltsmitteln Fremdworte zu sein.

Angesichts des Beratungsverlaufs kam man sich im Sozialausschuss wie auf einer Geberkonferenz vor.

Kritische Nachfragen unerwünscht. **Das Geld anderer Leute gibt sich eben leichter aus, als das eigene.**

Die *BBB*-Fraktion unterstützt gerne angemessene Hilfeleistungen, aber keine Doppelstrukturen in einem ohnehin undurchsichtigen und mitunter überfrachteten Sozialsystem.

Aber nicht nur den Sozialpolitikern scheint es schwer zu fallen, zu sparen. Auch bei denen, die sich mit Wirtschaft befassen, scheint das Geld weiter locker zu sitzen.

Im vergangenen Februar hatte die Oberbürgermeisterin dem Bonner Rat trotz katastrophaler Haushaltslage vorgeschlagen, den bisherigen Haushaltsansatz für die Bonner Messepräsenz auf der Expo Real in München von rd. 77.600 auf fast 150.000 Euro zu verdoppeln.

Angesichts der desolaten Finanzlage der Stadt wäre es vernünftig gewesen, dem Beispiel des Rhein-Sieg-Kreises (RSK) zu folgen und sich mit einem kleinen Stand auf der Fläche des Vereins Regio KölnBonn e.V. zu beteiligen.

Das war auch nicht neu. Denn während der Pandemie in 2021 hat die Bundesstadt Bonn dies mit dem RSK und Ahrweiler bereits erfolgreich praktiziert.

Der zu erwartende Kostenanteil für den derart verkleinerten Messeauftritt lag bei **nur** rund 15.000 Euro und damit bei einem Zehntel der Kosten der Luxuspräsenz, die Oberbürgermeisterin Dörner im Verein mit Grünen, SPD und CDU für den neuerlichen Auftritt der Stadt auf der Expo dann im Stadtrat beschlossen haben.

Für die *BBB*-Fraktion ist der Vorgang abermals ein Beispiel dafür, dass sich an der Schuldenmachermentalität in weiten Teilen des Rates nichts geändert hat.

Doch das ist noch lange nicht alles.

In unnachahmlicher Art und Weise setzt sich Oberbürgermeisterin Dörner auch über die Kritik der Bezirksregierung Köln an der Höhe der Isolierungsbeträge für kriegsbedingte Folgekosten hinweg und legt bis 2026 nochmal gut 90 Mio. Euro nach.

Davon entfallen auf 2023 und 2024 rund 40 Mio. Euro.

Aus Sicht des *BBB* darf man sich nichts vormachen, da werden Schulden und Schuldzinsen als Erträge verbucht und bis 2026 auf die lange Bank geschoben.

Nach den zumindest uns bis heute vorliegenden Informationen muss davon ausgegangen werden, dass die massive Erhöhung der Isolierungsbeträge noch gar nicht mit der Bezirksregierung abgestimmt wurde.

Stimmt die Bezirksregierung den Isolierungsbeträgen in der neuen Höhe nicht zu, können sich die Bürgerinnen und Bürger Bonns nicht 'nur' auf eine Gewerbesteuererhöhung sondern auch auf eine zusätzliche Anhebung des Grundsteuerhebesatzes B von 680 auf 810 Prozentpunkte gefasst machen.

Während wir uns durch die wiedergegebene Kritik der Kommunalaufsicht in unserer ablehnenden Haltung gegenüber dem aktuellen Haushaltsentwurf voll bestätigt sehen, scheint es, als wolle die Bonner Stadtspitze die Kölner Schelte auch weiterhin als Formalie abtun.

Nun, manche sagen, die Bezirksregierung habe selbst schuld, wenn man sie in Bonn nicht ernst nehme.

Es stimmt ja auch, dass die Aufsicht aus der Nachbarstadt den Rhein runter in der Vergangenheit immer wieder die viel zu hohen Kulturkosten angemahnt hat. Und wenn Bonn dann anders handelte, zum Beispiel den teuren Intendantenvertrag unbekümmert verlängerte, hätte das keine Folgen.

Wie es so oft keine Folgen hat, wenn die Bezirksregierung aufgefordert wird, ihre aufsichtliche Arbeit zu tun, unken nicht wenige Kritiker der Kölner Behörde.

Aktuelles Beispiel?

In der Sitzung des Bonner Stadtrates am 9. Februar 2023 stand die prekäre finanzielle Lage der freien Träger von Bonner Kindertageseinrichtungen auf der Tagesordnung.

Obschon es gemäß §55 der Gemeindeordnung NRW Katja Dörners Pflicht gewesen wäre, wollte sie - bis zu einem von ihr für die darauf folgende Woche anberaumten Kitagipfel - dem Stadtrat in der Sache trotz mehrfacher Nachfragen aus dem Plenum keine Auskünfte geben.

Angeblich hatte sie zu dem Zeitpunkt noch keinen festen Plan, wie vorzugehen wäre, um den drohenden Kollaps in der Kita-Versorgung abzuwenden.

Dass sie nur wenige Stunden nach der besagten Ratssitzung via Pressemitteilung mit ihrem Vorschlag zur Finanzierung der Kitaträger aufwartete, ließ nur einen Schluss zu: Die Oberbürgermeisterin hatte in der Stadtratssitzung wichtige Informationen zurückgehalten und dadurch eine grobe Dienstpflichtverletzung begangen.

Für die angerufene Bezirksregierung kein Problem. Dass Frau Dörner die Rechte von Ratsmitgliedern und Fraktionen zum wiederholten Male missachtete, wollte man in Köln nicht sehen.

Meine Damen und Herren!

Viele Eltern und Schüler fragen sich, warum für die Erneuerung von maroden Schulbauten - der Sanierungsbedarf liegt laut Schulverwaltung bei rund 1 Milliarde Euro – kein Geld da ist, während für die Beethovenhalle Millionenbeträge jederzeit außer Plan bereitgestellt werden.

Seit neulich geschieht das nicht mehr mit den Stimmen der CDU, dafür ist die SPD eingesprungen.

Es ist zwar richtig, dass die Schuld an dem voraussichtlich 222 Millionen Euro kostenden Disaster Beethovenhalle in erster Linie bei CDU, Bündnis90/Grüne und FDP zu suchen ist.

Diese setzten bekanntlich die Luxussanierung im Stadtrat trotz schon seinerzeit bekannter Risiken vor sieben Jahren durch.

Dabei wird aber gerne vergessen, dass die Sanierung bzw. die umfangreiche bauliche Ertüchtigung der Halle nur deshalb notwendig wurde, weil sie für das Festspielhaus nicht abgerissen bzw. dieses nicht an anderer Stelle errichtet wurde.

Das Moratorium und damit den Anfang vom Ende für den baureif geplanten und vollständig finanzierten Musiktempel, der von drei DAX-Konzernen als Geschenk an die Bundesstadt gedacht war, initiierte im Jahr 2010 der damalige Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch (SPD).

Dafür bekam er – außer von uns- von allen hier vertretenen Parteien Zustimmung.

Volt wegen der kohl'schen Gnade der späten Geburt einmal ausgenommen.

Noch im März 2018 forderte die SPD mit folgenden Worten einen sofortigen Baustopp für das Millionengrab:

Zitat

„Die Beethovenhalle entwickelt sich mehr und mehr zu einem Fass ohne Boden! So kann und darf mit Steuergeldern in unserer Stadt nicht umgegangen werden“

Zitat Ende

Was früher richtig war, ist seit Mitte 2022 keine SPD-Position mehr.

Nach der Erklärung der Bonner CDU, die ständigen Nachträge in Millionenhöhe für das desaströse Projekt nicht mehr mittragen zu wollen, sicherte kurzerhand die SPD die Beschlussvorlagen für das Fass ohne Boden an der Wachsbleiche ab.

Wie das Fähnchen auf dem Turme Sich kann drehen bei Wind und Sturme...

Dass der Sinneswandel der SPD-Fraktion weniger der Sache sondern der Koalitionsdisziplin geschuldet sein dürfte, liegt auf der Hand.

Statt bei ihrer Überzeugung zu bleiben, verbiegen sich die Genossen mit einer beispiellosen Kehrtwende.

Wer seine Überzeugungen über Bord wirft, nur um mit der Linkskoalition an der Macht zu bleiben, verliert das Wertvollste, was er hat: **Politische Glaubwürdigkeit.**

Resümee: Wäre das Festspielhaus nicht gegen die Stimmen des *BBB* vom SPD-Oberbürgermeister Jürgen Nimptsch zu Grabe getragen worden, gäbe es das Problem Beethovenhalle in der Form heute gar nicht.

Unverantwortlich für die verfahrenere Situation, wie die SPD-Fraktion heute immer noch gerne glauben machen möchte, waren die Bonner Genossen also bei weitem nicht.

Und heute ist die SPD durch ihre erneute Mitwirkung wieder verantwortlich. Sie ist es, die die Explosion der Baukosten der gegen alle Vernunft beschlossenen Luxussanierung von ursprünglich 61 voraussichtlich auf sage und schreibe 222 Millionen Euro aktuell absichert. So schließt sich der Kreis.

Das nächste Millionengrab nach dem WCCB [Kostenstand heute: rd. 300 Mio. EUR; Kostenstand 2016: jährliche WCCB-Belastung rund 9,3 Millionen Euro – 40 Jahre lang bzw. Kosten pro Tag: rund 25.600 Euro bis zum Jahr 2056)], **den Bauten am Bahnhofsvorplatz** [Kaufpreis Filetgrundstück 23,5 Mio. minus Residualkosten und minus Gabiwache (1,5 Mio.) = Ertrag 7,134 Mio. EUR (Vgl.DS 220285-02 ST)] **und am Bonner Bogen** (statt geplanter Einnahmen i.H.v. 13,21 Mio. EUR drohen Kosten i.H.v. 14,3 Mio. EUR) **sowie der Beethovenhalle winkt uns im Übrigen schon zu:**

Der Kauf des ehemaligen Landesbehördenhauses!

Der Erwerb des Grundstückes an der B9, das wir trotz überzogenem Markpreis auf Grund der Knebelklauseln des Landes noch nicht mal so nutzen werden dürfen, wie es uns passt, wäre ein erneuter Beweis dafür, dass die Mehrheit des Rates unverantwortlich mit dem Geld der Bonner Steuerzahler umgeht.

Allein wegen der Abriss- und Entsorgungskosten dürfte die Stadt wohl am Ende für das baureife Grundstück mindestens das Doppelte des aktuellen Bodenwertes von geschätzt 35 Millionen Euro zu zahlen haben.

Liebe Gäste und Zuschauer via Lifestream!

Würden die Damen und Herren Stadtverordneten mit ihrem eigenen Geld für Ihre Entscheidungen geradestehen müssen, käme der an hohen Risiken reiche Kauf ganz sicher nicht zu Stande und trotzdem ist er schon längst beschlossene Sache.

Grüne, SPD und Linke aber auch CDU und FDP taumeln von einem zu nächsten Desaster.

Aber nicht nur das regt viele in Bonn auf.

Es ist für die Wenigsten nachvollziehbar, dass wir im Vergleich zu anderen Kommunen einen üppig besetzten Verwaltungsapparat mit 5772 Beschäftigten und 1742 Beamten haben, der oft mehr mit sich selbst beschäftigt zu sein scheint, als seine Arbeit zeitnah zu erledigen.

Beispiel gefällig?

Nachdem es im Verlauf des Jahres 2022 zu mehreren Unfällen auf der Treppe von der Poststraße in die Verteilerebene am Bahnhof kam und die Stadt schon zu Schadenersatz an Gestürzte verurteilt wurde, brauchte sie bis März 2023 um die Installation eines von unserer Fraktion längst beantragten Handlaufes endlich umzusetzen.

Noch ein aktuelles Beispiel?

Seit Jahren sollen an mehr Standorten öffentliche WC's eingerichtet werden.

Weil die Verwaltung diese komplizierte Aufgabe offensichtlich nicht bewältigen kann, soll jetzt ein externes Beratungsbüro mit dem Toilettenkonzept beauftragt werden.

Ein Armutszeugnis, aber sie glauben nur ein Einzelfall? Mitnichten.

Statt selbst zu arbeiten, vergibt die Verwaltung mehr und mehr Aufträge an Dritte:

Eine Anfrage des BBB im Rat hatte zuletzt ergeben, dass OB Dörner weiter kein Konzept hat, wie die vom Rat im Januar 2019 beschlossene Stadtentwicklungsgesellschaft ans Arbeiten kommt.

3½ Jahre nach dem Ratsbeschluss hat die Oberbürgermeisterin ein externes Consulting-Büro eingeschaltet. Die Berater wurden beauftragt, die mit der Gründung der neuen städtischen Gesellschaft verbundenen rechtlichen, steuerlichen und wirtschaftlichen Fragen zu klären.

Bravo möchte man da rufen!

Alles, was nicht mit dem Klimaschutz zu tun hat, wird von der Oberbürgermeisterin und der links-grünen Mehrheit im Stadtrat eben als nachrangig behandelt.

Bestes Beispiel für den Hang der Verwaltung, andere mit ihren Aufgaben zu betrauen, sind die sogenannten Programmbüros der Oberbürgermeisterin.

Diese von Guido Deus einst -nicht zu Unrecht- als Politbüros bezeichneten Doppelstrukturen arbeiten nicht selbst, sie lassen arbeiten, kosten dafür aber sehr viel Geld.

Um die wahren Kosten ihrer Entourage auf der 12. Etage des Stadthauses zu verschleiern, greift OB Dörner auf einen simplen Trick zurück.

Sie gibt stets nur die Gehaltskosten der neu auf Lebenszeit eingestellten Mitarbeiter an, nicht aber die wirklich für die Stadt dadurch entstehenden Kosten.

So dürften die Bezüge der beiden Spitzenverdiener unter den neu eingestellten Zuarbeitern Dr. Thyssen und Folke große Deters, mutmaßlich bei monatlich über 9.200 Euro liegen.

"Vergessen" sind dabei die Kosten eines Arbeitsplatzes in dieser Kategorie mit Sachkosten und Verwaltungsgemeinkosten, die sich nach den Berechnungen des Personalamtes auf rund 195.000 Euro (194.803,37) jährlich summieren.

Unter Zugrundelegung der von der Verwaltung selbst ermittelten Arbeitsplatzkosten ergeben sich so für die 9 Mitarbeiter nebst 3 Stellenanhebungen für das Büro der grünen Oberbürgermeisterin zusätzliche jährliche Folgekosten von 1.298.398 Euro.

Das hatte der BBB natürlich als unzumutbar für die Steuerzahler abgelehnt.

Was uns als Haushaltsentwurf in mehreren Schritten unterbreitet wurde, ist keine seriöse Planung, sondern ein politisch motiviertes Gewurschtel.

Warum Gewurschtel?

Zu dem im Dezember vorgestellten Plan hat sich scheinbar Verändereungsbedarf ergeben:

Unter anderem durch folgende durchaus vorhersehbare Unbill

- 18,4 Millionen Euro geringerer Anteil an der Einkommensteuer.
- 2,75 Millionen Euro mehr für Straßenbeleuchtung
- 10,5 Millionen Euro zusätzlich für Integrationsassistenten
- 31 Millionen Euro mehr für Personal öffentl. Dienst
- 9,8 Millionen Euro plus für Kindertagesstätten
- 3,4 Millionen Euro zusätzlich für Sozialhilfe
- 21,3 Millionen Defizitausgleich für die Stadtwerke Bonn

Und wer ist für die SWB verantwortlich? Tom Schmidt Rektor der Grünen.

Diese und andere Mehr- oder Mindereinnahmen führen für 2023 zum einem Minus von knapp 62,3 Millionen Euro und in 2024 zu einem Fehlbetrag von 78,6 Millionen Euro.

Ein Gewurschtel, das mich an einen Teil aus Brechts Ballade von der Unzulänglichkeit menschlichen Planens erinnert:

Zitat

Ja, mach nur einen Plan!

Sei nur ein großes Licht!

Und mach dann noch'nen zweiten Plan

Gehn tun sie beide nicht.

Zitat Ende

Und auch der jetzt verändert eingebrachte Haushalt wird keinen Bestand haben.

Die letzte Sitzung des Hauptausschusses hat noch einmal gezeigt, wie wenig Einsicht in der gesamten Verwaltungsspitze herrscht, endlich zu sparen.

Trotz massiver Kritik der Opposition und sogar des Personalrates, wollen Oberbürgermeisterin Dörner und ihre Dezernentenriege an ihrer Haushalts-Agenda mit Schaffung hunderter zusätzlicher Stellen festhalten.

Dass vom hilflos wirkenden Aktionismus von Links-Grün, die Verwaltung kurzfristig mit Einsparung von Personalkosten zu beauftragen, keine Wende zum Besseren zu erwarten war, dürfte den meisten klar gewesen sein.

Sinnvoll sind die wenigsten Einsparvorschläge der Verwaltung, die heute auf dem Tisch des Hauses liegen.

Dazu fällt mir nur ein Spruch von Mark Twain ein:

Zitat

„Wenn man einen Sumpf trocken legen will, darf man damit nicht die Frösche beauftragen.“

Zitat Ende

In den Augen der *BBB*-Fraktion ist der unter grüner Führung von der Koalition eingebrachte Antrag, die OB solle bei den Personalkosten 4 Millionen Euro einsparen, gleich in mehrfacher Hinsicht ein reiner Schaufensterantrag.

Denn dabei handelt es sich gerade einmal um 0,95 % Einsparung gemessen an den erwarteten Gesamtpersonalkosten; also ein Tropfen auf den heißen Stein.

Jahrelang unter Mitverantwortung der Bonner Grünen sind die Personalkosten schön gerechnet und dadurch die Mittel für unbesetzte Stellen aufgefressen worden.

Und dieser rechnerische Taschenspielertrick wird u.a. bei den Personalkostensteigerungen konsequent fortgesetzt.

Denn die angeblich aktualisierte Haushaltsplanung sieht weiterhin nur 1 % Steigerung ohne Einmalzahlungen bei den städtischen Beamten im Rahmen der anstehenden Besoldungsrunde Ende des Jahres 2023 vor.

Auch wenn das Land NRW schlechter bezahlt als der Bund, dürfte den Verantwortlichen jetzt schon klar sein, dass auch im 'aktuellen Haushalt' ab 2024 jährlich mindestens wieder ein hoher einstelliger wenn nicht gar zweistelliger Millionenbetrag für Personal fehlen wird.

Allerdings fällt auf, das jetzt ausgerechnet bei den kürzlich beschlossenen 32 Stellen für Wohngeld, eingespart werden soll.

War das nicht genau das, was wir vom BBB in der Debatte dazu im Rat am 9. Februar 2023 gefordert hatten und von der Stadtverwaltung sowie der links-grünen Koalition noch brüsk abgelehnt wurde? Die Bestandsdauer des von allen Ratsfraktionen mit Ausnahme des BBB gefassten Beschlusses (DS 222401), zur Bearbeitung der Wohngeldreform 32 neue Stellen einzurichten, dürfte mit 10 Wochen rekordverdächtig kurz gewesen sein.

Aber Hauptsache alle für den Klimaplan vorgesehenen Stellen zu Kosten von 5 Mio. Euro bleiben erhalten.

Entschuldigung, ich korrigiere mich: 3,5 Stellen sollen dort gestrichen werden.

Eine davon lautet übrigens „Reallabor Klimafreundlich handeln am Arbeitsplatz“.

Wissen Sie selbst eigentlich, was da hätte passieren sollen?

Ich sag es ihnen: Eine klassische Dienstanweisung, z.B. das Licht am Tag auszuschalten.

Aber selbst das bekommt Katja Dörner trotz persönlichem Hinwies von mir auf dem Parkplatz des Alten Rathauses seit Monaten nicht hin.

Da brennen mehrere richtig stromfressende Neonröhren den ganzen Tag und das seit Jahren.

Steuererhöhungen sind im Übrigen wie Gebührenanhebungen der falsche Weg:

Wir erinnern uns an dieser Stelle auch daran, dass auf Vorschlag von der Oberbürgermeisterin in der Ratssitzung am 12. Dezember 2022 die neue Option der von CDU und Grünen geführten Landesregierung zum kalkulatorischen Zinssatz gegen die Stimmen des BBB beschlossen wurde.

Ergebnis: Den Bonner Gebührenzahlern werden durch den (von 2,43%) auf 3,25 % erhöhten Satz bei der Straßenreinigung, der Abfallentsorgung und dem Abwasser in Summe rd. 4,2 Mio. Euro mehr kalkulatorische Zinsen in Rechnung gestellt, als erforderlich.

Mit Hilfe der Landesregierung bediente sich das linksgrüne Bündnis im Rat so einmal mehr auf Kosten der Gebührenzahler.

Mit dem Erlös aus der höheren Belastung der Bonnerinnen und Bonner wurden und werden nicht etwa Schulden getilgt oder gar Rücklagen gebildet, sie werden im allgemeinen Haushalt untergemengt.

Den tiefen Griff in die Taschen der Bürger darf man getrost als Abzocke bezeichnen.

Oberbürgermeisterin Katja Dörner kann man sicher viel und auch zu Recht vorwerfen. Aber eines nicht: Sie würde ihre wahren Ziele verschweigen.

Sie zeigt mit ihrer Finanzplanung deutlich, dass sie nicht die Bürgermeisterin aller Bonnerinnen und Bonner ist, sondern sich mit ihrer Verbots- und Umerziehungspolitik viel mehr den Klimabeseelten, Ökosozialisten und anderen Dogmatikern verpflichtet fühlt.

Dass dabei, quasi als Kollateralschaden, die Gewerbetreibenden ins Umland wegen dort günstigeren Steuersätzen getrieben werden und unsere Geschäfte in den Innenstadtlagen schrittweise kaputt gehen und nimmt sie billigend in Kauf.

Der Anteil von auswärtigen Besuchern der Bonner Innenstadt hat sich schon von 46% im Jahr 2020 auf 23% in 2022 verringert.

Da das mit über 200 EUR pro Kopf von auswärtigen Kunden ausgegebene Budget dreimal so hoch liegt, wie das, der Bonner Kunden, ist die Kaufkraft zum Nachteil der Bonner Händler de facto drastisch gesunken.

Der Rückgang hängt direkt mit der links-grünen Verkehrspolitik zusammen: Die Innenstadt ist für Autofahrer viel schlechter erreichbar, als vor der Übernahme der Stadtregierung durch die amtierenden Koalitionäre und **deren Feldzug gegen die Autofahrer**. Die auf Stau und Verbote ausgerichtete Verkehrsstrategie der Ratsmehrheit schreckt die Kunden schlichtweg ab. Sie geben ihr Geld lieber anderswo aus als in Bonn.

Fazit

Die Stadt hat nach wie vor kein Einnahme- sondern ein Ausgabenproblem und lebt weiter über ihre Verhältnisse.

In der aktuellen Haushaltsplanung stehen neben den bekannt großzügigen Beträgen für die Kultur hohe Millionenbeträge, die allein auf die Umsetzung ideologischer Projekte der links-grünen Ratsmehrheit ausgerichtet sind und zum Teil zurückgeführt bzw. ganz gestoppt werden müssen.

Maßnahmen zur Umsetzung des Radentscheides oder Klimaplanes sind nämlich freiwillige Leistungen, die wir uns in der beabsichtigten Form schlicht nicht leisten können.

Stattdessen ist es unsere Pflicht, die marode Schulinfrastruktur zu erneuern. Die Kosten dafür in Höhe von rund 1 Milliarde Euro sind in der Finanzplanung größtenteils noch gar nicht berücksichtigt.

Die Finanzplanung verstößt gegen das Gebot der Sparsamkeit und des wirtschaftlichen Handelns:

Das Zahlenwerk enthält neben den schon genannten teuren öko-sozialistischen Projekten weiter viel zu geringe Besoldungsansätze, die Schaffung hunderter neuer Stellen, ausufernde Personalkosten und Schattenkontierungen hoher Zinslasten.

Würde der Haushalt, so wie vorgelegt, beschlossen, käme dies einem finanzpolitischen Offenbarungseid gleich.

Für uns Steuerzahler und für unsere Kinder und Kindeskinde, die den immer weiter anschwellenden Bonner Schuldenberg schon morgen kaum mehr abtragen werden können, wäre es das Beste, wenn das Wirtschaften der Stadt erneut unter Zwangsaufsicht gestellt würde.

Nur so kann eine galoppierende Neuverschuldung auf Rekordniveau gestoppt und ein völliger Kollaps der Stadtkasse verhindert werden.

Folgerichtig haben wir den Antrag eingebracht, ein freiwilliges, gegenüber der Aufsichtsbehörde aber bindendes Haushaltssicherungskonzept aufzustellen.

Findet dieser Antrag keine Mehrheit, werden wir den Haushaltsentwurf mit dem Katja Dörner und die links-grüne Ratsmehrheit unsere Stadt mit ihrem verantwortungslosen Missmanagement absehbar in den Ruin treiben werden, rundweg ablehnen.

In diesem Zusammenhang und zum Schluss sei noch an die nicht allzu lang zurückliegende Entlassung Bonns aus dem letzten Haushaltssicherungskonzept erinnert.

Angeblich, so führten Tim Achtermeyer (Grüne), Angelika Esch (SPD), Michael Faber (LINKE) und Dominik Maxein (Volt) im Frühjahr 2022 in einer Pressemitteilung aus, sei Grundlage für die Entlassung aus dem Haushaltssicherungskonzept der erste von der neuen Ratsmehrheit verabschiedete Haushalt.

Weiter hieß es wörtlich:

Zitat

„Die Entlassung aus dem HSK widerlegt zugleich die harsche Kritik der Opposition: Bei der Verabschiedung des Haushaltes im letzten Sommer sah die Opposition die Mehrheit noch auf einem Verschwendungskurs und Bonn hierdurch auf dem Weg in einen dauerhaften Nothaushalt. Die Substanzlosigkeit dieser Kritik wird mit der Entscheidung der Bezirksregierung belegt.“

Zitat Ende

An diesen Aussagen müssen sich die drei verbliebenen Fraktionsführer der vereinigten Öko-Linken im Bonner Rat heute messen lassen.

Was Grüne, SPD und Volt großspurig verkündeten, bestätigt einmal mehr, was meine Großmutter immer gesagt hat:

Ahnungslose haben meist auch keine Ahnung davon, dass sie keine haben.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.